



Verleihung Freiheitspreis

6. November 2010
Frankfurt am Main

Herausgeber

Friedrich–Naumann–Stiftung für die Freiheit
Truman–Haus
Karl–Marx–Straße 2
14482 Potsdam

Verantwortlich

Redaktion der Freiheit
Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
Telefon: 030.28 87 78–51
Telefax: 030.28 87 78–49
presse@freiheit.org

Gesamtherstellung

COMDOK GmbH
Büro Berlin

2010

Verleihung Freiheitspreis

6. November 2010
Frankfurt am Main

Inhalt

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB Eröffnung	5
Dr. h. c. Petra Roth Grußwort	10
Jörg-Uwe Hahn MdL Grußwort	13
Dr. Karen Horn Begründung der Jury	17
Alice Schwarzer Laudatio	22
Dr. Necla Kelek Rede der Preisträgerin „Lassen Sie uns über Freiheit sprechen“	36

Eröffnung

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit



Namens des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unter Vorsitz von Prof. Dr. Jürgen Morlok und im Namen des Vorstands, den zu vertreten ich die Ehre habe, sage ich Ihnen ein herzliches Willkommen, verehrte Gäste, hier in der Paulskirche in Frankfurt am Main zu einer der großen Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit an einem großen Ort der Verfassungsgeschichte Deutschlands.

Die Stiftung ist vor zwei Jahren 50 Jahre alt geworden, sie ist aber jung und aktiv geblieben. Sie ist gewachsen, seit Theodor Heuss sie 1958 gegründet hat, und sie arbeitet mittlerweile in über 60 Ländern der Welt und in Projekten, die sich auf Prinzipien der Freiheit des Rechtsstaates, der Menschenrechte und der Marktwirtschaft beziehen. Sie vermittelt die Bedeutung unabhängiger Institutionen, die Notwendigkeit, Kinder in die Schule zu schicken, Minderheiten zu respektieren, Dialog- und Kompromissfähigkeit zu entwickeln. Dabei erlebt sie Gesellschaften, die sich geradezu im freien Fall befinden, Varianten des Fundamentalismus und gewaltige Probleme bei der Modernisierung. Sie sieht Newcomer und Staaten mit eigenwilligem Verhalten im Netz internationaler Beziehungen. Sie beobachtet Repression, Pressezensur und Herrschaft durch Familienclans. Die Freiheit ist noch nicht gewonnen. Der Quellcode unserer Verfassung, der in der Unantastbarkeit der Würde des Menschen liegt, muss noch an vielen Orten Verteidiger finden und Wirklichkeit werden.

Es ist längst noch nicht überall klar, dass Frieden eine Politik erfordert, die auf Verhandlungen über Abrüstung basiert und auf eine glaubhafte Strategie zur Vermeidung bewaffneter Konflikte abzielt. Es ist längst noch nicht überall klar, dass Entwicklung eine gemeinsame Anstrengung aller erfordert, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse voranbringen wollen, und aller, die in der Lage und willens sind zu helfen. Es ist längst noch nicht überall klar, dass Überleben Maßnahmen zum Schutz der Lebensgrundlagen erfordert, die Wiederherstellung einer lebensfähigen Umwelt und die sparsame Nutzung von Ressourcen. Es ist längst noch nicht überall klar, dass Wohlstand ein Bewusstsein für die Kräfte der Weltwirtschaft erfordert, die Anpassungsprozesse erforderlich machen und feste Regeln haben müssen. Es ist längst noch nicht überall klar, dass Fortschritt das Eindämmen fundamentalistischer Politik gegenüber denen erfordert, die glauben, sie hätten alle Antworten. Und es ist längst noch nicht überall klar, dass ein vernünftiger weltkultureller Diskurs notwendig ist.

Eine freiheitliche Gesellschaft muss dabei den notwendigen Respekt vor der Vielfalt der Kulturen aufbringen. Der fängt damit an, die eigene zu erkennen – in ihrer Irrtumsanfälligkeit, in ihrer Relativität, aber auch in ihrer Kraft. Freiheitliche Gesellschaften müssen wissen, was sie nicht preisgeben dürfen, wenn sie ihre Grundlagen bewahren wollen. Wer das nicht will und das nicht kann und sich selbst nicht mag, der kann auch niemanden integrieren.

In Deutschland widmet sich die Stiftung für die Freiheit, wie es ihr Namensgeber Friedrich Naumann schon getan hat, der politischen Bildung. Friedrich Naumann, der an der Weimarer Reichsverfassung selbst mitgearbeitet hat, war überzeugt, dass eine geschriebene Verfassung nicht ausreicht. Eine freiheitliche Gesellschaft braucht

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht stets ein Bewusstsein für den Erhalt der Freiheit und zugleich ein Gespür für die Gefährdungen der Freiheit.

stets ein Bewusstsein für den Erhalt der Freiheit und zugleich ein Gespür für die Gefährdungen der Freiheit. Politische Bildung muss deshalb zur politischen Urteilsfähigkeit von Menschen beitragen. Ralf Dahrendorf, der von 1982 bis 1987 Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung war, brachte diese Urteilsfähigkeit auf den entscheidenden Punkt: Im rechtzeitigen Erkennen von totalitären Potenzialen. Menschen sollen nicht jedem Angebot aus der politischen Apotheke hinterherlaufen, ohne die Beipackzettel zu lesen und auf Ver-

fallsdaten und Nebenwirkungen zu achten. Sie sollen aus ihrem Wolkenkuckucksheim herabsteigen und sich realitätsferne und träumerische Neigungen abgewöhnen. Heinrich Heine hat deutsche Neigungen solcher Art so schön beschrieben: „Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört den Briten, wir aber besitzen im Luftreich des Traums die Herrschaft unbestritten.“

Freiheit braucht, um Bestand zu haben, Wertebewusstsein und eine zupackende, zu ihrer Verteidigung entschlossene Hinwendung zur Welt. Die Kultur der Freiheit, so schreibt John Stuart Mill, braucht unverzichtbare Voraussetzungen für Menschen, die Freiheit lieben, die Rechtschaffenheit achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineintragen. Sie sind die unverzichtbaren Citoyens freier Gesellschaften.

Die auf den privaten Schutz und die persönliche Unabhängigkeit des Einzelnen abzielende Freiheit muss auch als Freiheit in der Gesellschaft entworfen werden.

Das Nachdenken über Freiheit darf seinen politischen Kern, die Freiheit von Unterdrückung und Verfolgung, nie aufgeben. Aber die auf den privaten Schutz und

die persönliche Unabhängigkeit des Einzelnen abzielende Freiheit muss auch als Freiheit in der Gesellschaft entworfen werden.



Die Verwirklichung der Freiheit, für die die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Herz und Verstand eintritt, zielt nicht auf eine reine Sphäre der individuellen ökonomischen Zwecktätigkeit oder auf einen entpolitisierten Raum der hedonistischen Selbstverwirklichung und schon gar nicht auf eine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit. Freiheit konstituiert sich im Spannungsfeld von Optionen und Ligaturen, von individuellen Chancen und sozialen Bindungen und Verpflichtungen. Ohne diese, ohne Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in einer Gesellschaft, zerfällt eine freie Gesellschaft.

Die Paulskirche diente als Versammlungsort der ersten frei gewählten Volksvertretung der deutschen Lande



Dr. Wolfgang Gerhardt MdB bei der Eröffnung der Veranstaltung in der Paulskirche

Menschen, so sagt es Dahrendorf, sind soziale Wesen. Sie können sich nicht selbst bestimmen ohne Bezug zu anderen. Sie können ihre Absicht nicht verfolgen ohne die Begleitung von anderen. Sie können die Welt nicht kultivieren ohne und für andere, schrieb er 1988 in einem bemerkenswerten Vortrag über die zukünftigen Aufgaben des politischen Liberalismus.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit will, neben ihrer Arbeit in verschiedenen Themenbereichen und internationalen Projekten, Fingerzeige auf Persönlichkeiten geben, bei denen sie davon überzeugt ist, dass ihr Beispiel dazu beitragen kann, weltweit reife und freiheitliche Gesellschaften zu entwickeln. Hans-Dietrich Genscher war der erste Preisträger, mit seinen geschichtlichen Verdiensten für die Deutsche Einheit in Freiheit. Mario Vargas Llosa war der zweite Preisträger, dessen mutige Stimme der Freiheit längst über seine Heimat Peru und über Latein- und Südamerika hinaus gehört wurde. Mario Vargas Llosa ist Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit seiner Fundación Libertad. Wir alle haben uns sehr gefreut, dass er in diesem Jahr den Nobelpreis für Literatur erhalten wird. Wir freuen uns mit ihm und gratulieren ihm.

Heute begrüßen wir hier in der Paulskirche die diesjährige Preisträgerin des Freiheitspreises der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Dr. Necla Kelek, zusammen mit ihrer Familie sehr herzlich. Frau Dr. Kelek verkörpert eine Maßstäblichkeit in religiösem Bekenntnis und Freiheitswillen in Menschenrechten, vor allem in ihrem Engagement für die Rechte von Frauen.

Sie ist in ihrem Selbstvertrauen tapfer und bescheiden zugleich. Sie ist ein großartiges Beispiel des Willens und der Fähigkeit zum Dialog. Sie kehrt nichts unter den Teppich. Sie stellt sich in klaren Debatten erkennbar. Sie weicht nicht aus. Sie will ganz einfach nicht den Vertretern konfrontativer Weltsicht allein die Bühne überlassen.

Die Jury hat eine großartige Entscheidung getroffen. Ich danke dafür ausdrücklich der Vorsitzenden Dr. Karen Horn, die nachher die Entscheidung der Jury vertreten wird. Alice Schwarzer wird dann die Laudatio auf die diesjährige Preisträgerin Dr. Necla Kelek halten.



Für diese Bereitschaft, Frau Schwarzer, will ich mich noch einmal ausdrücklich bei Ihnen sehr herzlich bedanken und begrüße Sie mit großer Freude hier in der Paulskirche.

Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Roth, danke ich ganz besonders für die Gastfreundschaft, die Sie uns hier in der Paulskirche alle zwei Jahre gewähren. Es gibt keinen schöneren Ort für den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Zu uns gekommen ist in diesem Jahr der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Hessen, Herr Staatsminister Jörg Uwe Hahn, den ich sehr herzlich begrüße. Ich freue mich, lieber Herr Staatsminister, dass Sie für die Landesregierung nach der Oberbürgermeisterin ein Grußwort an uns richten werden.

Grußwort

Dr. h.c. Petra Roth
Oberbürgermeisterin der
Stadt Frankfurt am Main



Immer wieder haben hier in der Paulskirche Frauen das Wort ergriffen, haben der Gesellschaft den Spiegel vorgehalten und unbequeme Themen in die Öffentlichkeit getragen. Ja, ich darf mit einem gewissen Stolz für Frankfurt feststellen, dass wir auch darin oft wegweisend waren!

Wir freuen uns, heute wiederum eine streitbare Publizistin und eine engagierte Frauenrechtlerin zu ehren und ihre Würdigung von der gewiss wirkungsmächtigsten Journalistin der bundesrepublikanischen Geschichte zu hören. Ich halte die Zuspitzungen und Auseinandersetzungen, mit denen Frauen wie Necla Kelek und lange vor ihr Alice Schwarzer unsere Gesellschaft im Interesse der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Mann und Frau aufrütteln, für unerlässlich.

Wenn wir konstatieren, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist und für Frankfurt als Stadt steht dies außer Frage – dann müssen sich die rechtlichen und gesellschaftlichen Normen – müssen sich Rechte und Pflichten – auch auf alle Einwanderer erstrecken.

Die Degradierung von Menschen und deren Würde zu Personengruppen minderen Rechts mit Berufung auf kulturelle und sonstige Hintergründe können wir nicht dulden, auch nicht in irgendwelchen Nischen unserer Gesellschaft.

Die unabdingbare Grundlage des gesellschaftlichen Diskurses und damit auch zu einer gelungenen Integration insgesamt ist Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dieser Satz ist unverhandelbar. Unser Staat schützt aber auch in besonderer Weise die Religionen.

Ich betrachte es als erfreuliches Anzeichen gelingender Integration, wenn auch andere hier heimisch gewordene Religionen wahrgenommen werden! Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung sieht dies ausdrücklich vor und der Staat garantiert es. Wer aber aus der Sphäre der Religionen hinaus in die politische Öffentlichkeit tritt, für den gelten dann auch die Regeln des – bisweilen stürmischen – gesellschaftlichen Diskurses.



Historische Gedenktafel an der Frontseite der Paulskirche

Mit anderen Worten: Wer politische und gesellschafts-politische Forderungen und Ansprüche stellt, kann sich vor einer auch unbequemen politischen Diskussion, der Durchleuchtung seiner Interessen und Strukturen nicht in einen vermeintlichen rechtlichen Schutzraum zurückziehen und jede Kritik mit dem Verweis auf das Grundgesetz abwiegeln. Die Grenzen auch des kontroversen Meinungsaustauschs enden an der persönlichen Integrität des jeweilig Anderen.

Wir müssen jedoch feststellen, dass diese Auffassung keineswegs bis in die letzten Tiefen unserer Gesellschaft vorgedrungen ist. Deshalb braucht es immer wieder Menschen mit Mut, die bereit sind, auch angesichts Ableh-

nung und offener Feindschaft ihr Wort zu erheben! „Wisset, dass das Geheimnis des Glücks die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber der Mut ist“, hatte der athenische Staatsmann Perikles seinen Landsleuten zugerufen.

Es ist gut, dass unter uns Menschen leben, die uns bisweilen daran erinnern.

Grußwort

Jörg-Uwe Hahn MdL

Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Hessen, Hessischer Minister für Justiz, für Integration und Europa



Sehr geehrter Herr Dr. Gerhardt, Herr Dr. Morlok, sehr verehrte Oberbürgermeisterin Petra Roth, sehr geehrte Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, an der Spitze Frau Dr. Horn, sehr verehrte Frau Schwarzer, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten im Deutschen Bundestag, dem Hessischen Landtag, dem Stadtparlament, aus den Regierungen, Verwaltungen, sehr geehrte Frau Dr. Kelek, sehr verehrte Damen und Herren.

Als Vertreter der Hessischen Landesregierung möchte ich zum einen Danke sagen, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Stiftung der Freiheit, eine gute Tradition geboren hat. Die gute Tradition ist zum einen, dass sie alle zwei Jahre diesen Preis, den Freiheitspreis, verleiht und dass sie zum Zweiten diesen Freiheitspreis in Frankfurt, in Hessen, in der Paulskirche verleiht. Das ist ein Symbol. Das ist natürlich auch eine Erinnerung daran, dass hier in diesem Gebäude und ja in Hessen und angrenzenden Gauen auch schon im Vormärz die Freiheitsbewegung erstmals in Deutschland organisiert worden ist. Wir haben vor einigen Wochen auch auf Einladung der Stiftung für die Freiheit auf dem Hambacher Schloss eine Veranstaltung durchgeführt und uns an den Vormärz erinnert. Hier war dann die Folge des Vormärzes die erste demokratisch legitimierte Versammlung der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands.

Es ist deshalb ein sehr guter Anknüpfungspunkt, dafür vielen Dank lieber Wolfgang Gerhardt, lieber Herr Morlok, dass Sie an dieser Tradition auch festhalten. Es gab, wie ich weiß, hier auch Diskussionen, ob man diesen Freiheitspreis nicht

immer mal woanders verleihen sollte, ich bitte darum ganz herzlich, dass Frankfurt der Ort der Verleihung des Freiheitspreises auch in Zukunft sein wird.

Die Stiftung war ja auch erfolgreich mit Hans-Dietrich Genscher und insbesondere auch mit Mario Vargas Llosa, und das ist der zweite Dank, den ich aussprechen möchte. Es war schon eine gute Idee, den Preis heute an Frau Kelek zu übergeben. Man könnte ja fast meinen, dass die Jury hellseherische Fähigkeiten hatte. Da ich weiß, dass eine solche Entscheidung nicht innerhalb von 24 Stunden getroffen werden kann, sonst kann man schlecht ein solch erlesenes Auditorium organisieren, sondern dass es ein Prozess gewesen ist.

Sehr verehrte Damen und Herren, man kann zu den Debatten, die in diesem Jahr in unserem Land gelaufen sind, stehen wie man will. Ich glaube, der eine oder andere war in seinen Äußerungen viel zu schrill. Der eine oder andere hat vielleicht auch die Brücken, die man bauen konnte, wieder selbst ein bisschen eingerissen. Aber eines ist doch überdeutlich: dass die Debatte in unserem Land in den letzten Jahren oder Jahrzehnten nicht so offen geführt worden ist. Dass wir, wir Politiker, Sie, viele führende Journalisten sehe ich ja hier vor mir, ja die Wissenschaftler immer mal wieder gedacht haben, es muss den einen oder anderen Zaun geben, den man um das eine oder andere Problem baut, und dann im Namen der Political Correctness darüber schweigt.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Ursache, eine wesentliche Ursache, in meinen Augen, dafür, dass wir derzeit in der Bevölkerung, deren Eltern aus dem Vogelsberg oder dem Bayerischen Wald kommen, keine richtige Unterstützung dafür haben, eine moderne Einwanderungspolitik zu machen. Ich bin sehr dankbar, liebe Frau Dr. Horn, dass Sie in der Jury Frau Dr. Kelek mit diesem Preis belohnt haben für eine schon lange andauernde Tätigkeit, diesen Zaun niederzureißen. Ich bin der festen Überzeugung, Integration in unserem Lande ist dann eine erfolgreiche Veranstaltung, wenn man sich mit den Tatsachen auseinandersetzt. Die Sachverhaltsdarstellung, die Diagnose sind niemals diskriminierend, höchstens die Folgerungen daraus, können, wie man sieht, diskriminierend sein.

Ich bin der festen Überzeugung, Integration in unserem Lande ist dann eine erfolgreiche Veranstaltung, wenn man sich mit den Tatsachen auseinandersetzt.

Petra Roth hat schon darauf hingewiesen: Ja, Hessen ist ein Einwanderungsland, Frankfurt ist eine Einwanderungsstadt. Wir haben in dieser Woche, Petra Roth hört das nicht so gerne, den Umzug der deutschen Börse von Frankfurt nach Eschborn gefeiert. Wenn man dann einmal nachschaut – natürlich gibt es gute Mitarbeiter, die einem das aufschreiben, wenn du Minister bist in Hessen, musst

du es sowieso wissen –, dann war die Grundlage, dass es überhaupt in Frankfurt eine Börse gibt, die Einwanderung von Diamantenhändlern aus Antwerpen im – wenn ich mich nicht irre – 18. Jahrhundert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will damit deutlich machen: Einwanderung ist nichts Besonderes, auch in unserem Land nichts Besonderes. Hessen war eines der Länder, das die meisten Hugenotten aufgenommen hat, Friedrichsdorf, Neu-Isenburg, um nur zwei Beispiele zu nennen. Bad Karlshafen, auch im Norden. Also, wir sollten doch jetzt nicht so tun, als wenn Einwanderung ein Meisterhexenstück ist. Nein, nur wir müssen die Analyse vornehmen und dann können wir die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Vielen herzlichen Dank an Dr. Kelek, dass Sie so mutig gewesen sind, auch in Zeiten, in denen es politisch nicht ganz so korrekt schien, das zu sagen, was Sie gesagt haben, und ich freue mich darauf, jetzt noch viel, viel mehr über Sie und Ihre Arbeit zu hören. Hessen gratuliert Ihnen zu diesem Preis.

Vielen herzlichen Dank!



Vertreter der Hessischen Landesregierung und des Stadtparlaments Frankfurt am Main



Begründung der Jury

Dr. Karen Horn

Vorsitzende der Jury des Freiheitspreises,
Leiterin des Hauptstadtbüros
des Instituts der deutschen Wirtschaft
Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum dritten Mal nun kommen wir hier zusammen, an diesem historischen Ort, in der Paulskirche, um die Verleihung des Freiheitspreises der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu begehen und uns alle miteinander auf die Freiheit zu besinnen – auf die Freiheit als eine der größten Errungenschaften der Menschheit.

Die Freiheit ist kostbar. Die Freiheit ist der allerwichtigste Wert unserer Zivilisation. Freiheit ist die Grundlage aller weiteren Werte. Wer nicht frei ist, kann nicht entscheiden, kann nicht Verantwortung tragen, ist eingeschränkt in seiner Würde als Mensch. Freiheit meint Abwesenheit von willkürlichem Zwang, sie bedeutet Respekt vor der Würde des Nächsten, sie fußt auf Demut angesichts unseres beschränkten Wissens und vertraut auf die innovativen Kräfte der Vielen.

Freiheit ist die Grundlage aller weiteren Werte. Wer nicht frei ist, kann nicht entscheiden, kann nicht Verantwortung tragen, ist eingeschränkt in seiner Würde als Mensch.

Freiheit ist immer auch eine Zumutung. Wie jener weise Mann gesagt hat, der beinahe unser Bundespräsident geworden wäre: „Freiheit ist anstrengend und schwierig, denn man muss sich entscheiden, muss wählen. Das fällt nicht allen leicht, manchen erscheint es unmöglich.“ Manchmal ist es uns lieber, wenn man uns die Wahl abnimmt und auch die Verantwortung – die Verantwortung für uns selbst und für andere. Wenn wir verunsichert sind, dann ist uns eine starke Hand manchmal angenehmer als Freiheit, die uns herausfordert. Dieser antiliberalen innere Schweinehund ist fatal, gegen ihn müssen wir kämpfen.

Damit wir der Freiheit nicht verlustig gehen, damit wir sie uns nicht nehmen lassen, auch nicht von unserem inneren Schweinehund, damit uns bewusst bleibt, was wir an ihr haben, müssen wir auch über sie reden und für sie werben. In klaren Worten, mit Courage zur offenen Auseinandersetzung, mit Rückgrat und ohne Scheu anzuecken. Mit sachlichen Argumenten und auch mit emotional anschlussfähigen Geschichten. Einen solchen Diskurs führen zu können, ist Zeichen der liberalen Reife einer aufgeklärten Gesellschaft und ihrer Bürger. Wir brauchen Menschen mit Intelligenz, Geist und Stehvermögen; Menschen, die sich engagieren; Menschen, die Denkverbote durchbrechen; Menschen, die uns die Verteidigung der Freiheit als persönliche Vorbilder vorleben.



Plenarsaal der Kirche

Der Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist dazu da, eine Persönlichkeit zu würdigen, die Impulse für die Entwicklung einer liberalen Bürgergesellschaft gegeben hat und die damit zur Fortentwicklung freiheitlicher Ziele und Werte auf publizistischem, kulturellem oder wirtschaftlichem Gebiet beiträgt. In diesem Jahr ist die Jury des Freiheitspreises nach Abwägen der Vorschläge, die uns vorlagen, einstimmig zu dem Schluss gekommen, dass die Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek so eine Persönlichkeit ist.

Die Jury war sich einig, dass sich Frau Kelek in einem besonders sensiblen gesellschaftlichen Bereich um die Freiheit

verdient gemacht hat: im Bereich der Integration. Die Integrationsdebatte ist nämlich nicht zuletzt eine Wertedebatte, eine Debatte über Wege zur Bewahrung und Pflege der Werte unserer Zivilisation. Es geht um die Würde des Menschen, um die Gleichheit von Mann und Frau, um persönliche Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, um Respekt und Toleranz, um den Wert und die gestalterische Kraft der Vernunft. Gerade Frau Kelek hat sich in dieser schwierigen, komplexen und oftmals sehr emotional geführten Debatte als zeitgenössische Vertreterin der Aufklärung profiliert. Wir müssen uns eingestehen: Frau Kelek verteidigt die Errungenschaften unserer Zivilisation mit mehr Selbstverständlichkeit und mehr Selbstbewusstsein als viele von uns, die wir, wie es Regina Mönch vom Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einmal so herrlich formuliert hat, ausgerechnet dann von einer merkwürdigen Pathosallergie befallen werden, wenn unser freiheitliches Selbstverständnis leidenschaftlich verteidigt wird.

Gerade Frau Kelek hat sich in dieser schwierigen, komplexen und oftmals sehr emotional geführten Debatte als zeitgenössische Vertreterin der Aufklärung profiliert.

Man bezeichnet Frau Kelek als Islamkritikerin. Das ist wohl korrekt – aber wenn man das so sagt, muss man sich klar darüber sein, dass es ihr nicht um den



Interessierte Zuhörer aus Fraktion, Stiftung und Umfeld

Islam in seiner spirituellen Grundsubstanz geht. Es geht um den Islam nicht als Glauben, sondern als Konglomerat dessen, was in unserer aktuellen Lebenswelt mit diesem Glauben verklebt ist, ohne dass dies indes notwendig so sein müsste: Frau Kelek spricht vom Islam als politischer Weltanschauung, als einem tradierten, vormodernen, der wissenschaftlichen Analyse bislang weitgehend verschlossenen Rechts- und Wertesystem. Um sie zu zitieren: es geht ihr um den „Islam als soziale, als lebensbestimmende und politische Realität“. Diesem Fokus steht nicht entgegen, dass der Islam von verschiedenen Menschen in verschiedenen Ländern und Regionen der Welt natürlich auch verschieden gelebt wird.

Frau Kelek hat Hintergründe in unser westliches Bewusstsein gerückt, die zu kennen einfach hilfreich ist, wenn wir uns mit der Integration von Muslimen auseinandersetzen – zum Beispiel was es bedeutet, dass es im Islam keine kirchliche Organisation und keine wissenschaftliche Theologie gibt, wie wir sie kennen. Was es bedeutet, wenn die uns vertrauten geistigen und politischen Errungenschaften der Aufklärung fehlen. Frau Kelek bleibt da nicht stehen. Sie blickt nach vorn. Sie wirbt für eine islamische Aufklärung.

Die Jury des Freiheitspreises besteht nicht aus Islamwissenschaftlern. Es ging uns bei unserer Entscheidung nicht um Theologie und nicht um den Islam als Glauben. Hierzu können und wollen wir keine Autorität beanspruchen. Uns war auch klar, dass diese unsere Wahl nicht ohne Widerspruch bleiben würde; dass es Menschen geben würde, die mit den Thesen von Frau Kelek nicht übereinstimmen oder sich sogar provoziert fühlen. Wir ersuchen all die, auf die dies zutreffen mag, um ein wenig Besonnenheit, um Toleranz und Respekt nicht zuletzt gegenüber dem hohen Gut der Meinungsfreiheit. Wir fordern dies gerade wegen der Freiheit, unserem höchsten Gut. In einer freien Gesellschaft ist eine Vielfalt der Überzeugungen und Argumente nicht nur erlaubt, sondern erwünscht. Hier wird kein Glaubenskrieg geführt, sondern bloß eine gesellschaftliche Wertedebatte verbal ausgetragen. Ein offener, zivilisierter, friedlicher Diskurs sollte hierzulande weiß Gott möglich sein.

In einer freien Gesellschaft ist eine Vielfalt der Überzeugungen und Argumente nicht nur erlaubt, sondern erwünscht.

Uns beeindruckt Frau Keleks beherztes Eintreten für die Aufklärung und ihr authentisches Zeugnis davon, was Freiheit bedeutet. In dem von Ulrike Ackermann herausgegebenen Band „Freiheit in der Krise“ schildert Frau Kelek ein Freiheitserlebnis, wie es berührender und authentischer gar nicht sein kann. Sie war 25 Jahre alt, als sie allein ihre erste Reise unternahm. Sie schreibt: „Es war eine 69-Mark-hin-und-zurück-Busfahrt von Hamburg nach Paris ... Ich setzte mich auf eine Bank im Jardin du Luxembourg und genoss das Gefühl, ganz



für mich und ich selbst zu sein. Diese Freiheit, ganz bewusst für sich selbst zu sein und für das eigene Handeln selbst verantwortlich zu sein, war das, was ich in meinem Leben am meisten vermisst hatte und nie wieder hergeben wollte.“

Freiheit und Selbstverantwortung als Genuss, als tief empfundenes Glück – liebe Frau Kelek, vielen Dank, dass Sie unser an Freiheit gewöhntes, saturiertes, der Selbstverantwortung manchmal sehr müdes Bewusstsein dafür schärfen. Und dass Sie uns in dieser Hinsicht immer wieder auch einen Spiegel vorhalten. Man sollte sich an den Wert der Freiheit nicht nur dann erinnern, wenn man die Freiheit nicht hat.

In einer türkisch-muslimischen Familie geboren, 1966 nach Deutschland gekommen, hat Frau Kelek sich nach vielen, sicher schmerzhaften Kämpfen im Elternhaus emanzipiert, sie hat sich befreit. Sie hat studiert, sie wurde promoviert, sie hat sich in der Deutschen Islam-Konferenz engagiert, sie kämpft für das Recht der Frauen, für Freiheit und Aufklärung und für eine ehrliche Debatte, auch wenn sie dabei aneckt. Sie übernimmt damit mutig Verantwortung für die Werte, die ihr und die uns wichtig sind. Frau Kelek ist zu einer wichtigen Stimme unserer Gesellschaft geworden. Sie lebt die Freiheit, die unser höchster Grundwert ist. Und sie liebt sie weiterhin, die Freiheit, und wirbt für sie – ernsthaft, streitbar, furchtlos, aufrecht.

Liebe Frau Kelek, damit sind Sie uns ein Vorbild. Herzlichen Glückwunsch zum Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



Laudatio

Alice Schwarzer

Publizistin und Verlegerin von EMMA

Ich habe nachgesehen. Es ist erst sechs Jahre her, doch es kommt mir viel länger vor. Wahrscheinlich, weil sie seither so viel veröffentlicht und bewegt hat. Doch es war tatsächlich im Jahr 2004, als mein Verleger, Helge Malchow, anrief und sagte: „Ich habe da ein Manuskript. Und ich wüsste gerne, was Sie davon halten.“

Es war der Text „Die fremde Braut“ – und ich war begeistert, ja gerührt. Endlich! Endlich brach auch in Deutschland die zweite Generation das Schweigen. Und nicht zufällig waren die Töchter die Ersten. Denn sie leiden doppelt, ja dreifach darunter: die Anderen zu sein, Frauen zu sein und – Frauen innerhalb einer verschärft patriarchalen Community zu sein. Die Kluft zwischen dem, was sein soll, und dem, was sein kann, war einfach zu groß geworden.

Erstmals gewährte uns nun eine Betroffene, die sich selber von den inneren und äußeren Zwängen offensichtlich hinreichend befreit hatte, auch hierzulande einen Blick ins Innere der Community. In Necla Keleks erstem Buch ging es um das Elend, in dem mindestens jede zweite türkische Ehefrau in Deutschland gefangen ist: nämlich in einer Zwangsehe. Jung, manchmal noch minderjährig, werden diese fremden Bräute vom türkischen Land in deutsche Städte geholt, um dort verheiratet zu werden – mit den ebenfalls keineswegs immer begeisterten Söhnen. Oder umgekehrt: In Deutschland geboren kehren die 14-, 15-, 16-Jährigen niemals zurück aus den Schulferien in der Türkei.

Im Jahr darauf veröffentlichte Kelek ihr Plädoyer für die Befreiung des türkischen Mannes, Titel: „Die verlorenen Söhne“. Selber Mutter eines 15-jährigen Sohnes, scheute sie sich nicht, im Gefängnis mit Tätern zu reden.

Und das durchaus mit Empathie. Auch mit Männern, die ihre Tochter oder ihre Frau getötet hatten – um der Ehre willen. Die Soziologin stieß dabei auf die Spuren des Gesetzes der Väter. Denn oft sind es längst nicht mehr die halbemanzipierten Söhne in Deutschland, sondern die Väter und Großväter in Anatolien, die auf naiver Jungfernschaft der Töchter und ergebenem Gehorsam der Söhne bestehen. Und die werden dann zu Tätern wider Willen, zu Tätern und Opfern zugleich.

„Ehrenmord“ nennt man das, wenn es in muslimischen Kreisen passiert.

Über Jahrzehnte hatten auch deutsche Richter die Tendenz, diesen Ehrenmord im Namen „anderer Sitten“ beziehungsweise einer „anderen Kultur“ zu tolerieren. Die Täter wurden zu einfühlbaren Mindeststrafen verurteilt. Erst in den letzten Jahren hat ein Umdenken begonnen, endlich steht das Gesetz über den patriarchalen Sitten.

Hingegen waltet weiterhin ein gewisses Verständnis für das so genannte Familiendrama. So nennen wir den Ehrenmord im christlichen Kulturkreis.

Drama – als sei das Grauen schicksalhaft und ginge es nicht auch hier um patriarchale Interessen: um die Ehre von Männern, deren Frauen gehen wollen, die ihre Stelle oder ihr Gesicht verloren haben. Der einzige Unterschied zwischen dem archaischen Ehrenmord und dem modernen Familiendrama ist, dass der Ehrenmord von der Familie bzw. dem Clan beschlossen wird und der Täter als Held gilt – doch das Familiendrama Sache eines Einzeltäters ist, der zumindest als tragische Figur gilt. Aber so ganz fremd sind die Szenarien sich nicht.

Kein Wunder also, dass Necla Kelek sich mit ihren bitteren Wahrheiten aus der Perspektive der Opfer nicht nur Freunde gemacht hat. Weder in ihrer Community noch in der unseren. Für die islamischen Verbände, diese meist schriftgläubigen Hüter des Korans, ist die Deutschtürkin „keine echte Muslimin“; für die türkischen Machos ist sie eine „Nestbeschmutzerin“; für realitätsferne oder mit den Islamisten sympathisierende Akademiker sind ihre Analysen „unwissenschaftlich“. Und für so manchen beflissenen Kulturrelativisten – auffallend häufig in linken und liberalen Kreisen vertreten –

Necla Kelek hat sich nicht einschüchtern lassen. Sie hatte wohl auch gar nicht die Wahl. Ab einem bestimmten Wissens- und Bewusstseinsstand gibt es kein Zurück mehr – oder nur um den Preis der Selbstaufgabe.

ist sie gar eine „Hasspredigerin“ (so zu lesen in der Süddeutschen Zeitung vom 14. Januar 2010).

Doch Necla Kelek hat sich nicht einschüchtern lassen. Sie hatte wohl auch gar nicht die Wahl. Ab einem bestimmten Wissens- und Bewusstseinsstand gibt es kein Zurück mehr – oder nur um den Preis der Selbstaufgabe. Und inzwischen ist die Deutschtürkin auch nicht mehr die Einzige, gibt es etliche mutige Frauen und auch Männer, die für Wissen plädieren statt Glauben, für Rechtsstaat statt Scharia.

Was vor allem der bisher schweigenden Mehrheit der Zuwanderer aus dem muslimischen Kulturkreis und ihren Kindern Mut macht. Denn nicht wir, sondern sie sind ja die ersten Opfer der fanatischen Fundamentalisten. Sie vor allem haben wir im Stich gelassen, indem wir 30 Jahre lang weggesehen oder einen falschen Dialog geführt haben. Einen Dialog mit missionierenden Funktionären der Islamverbände statt mit der Mehrheit der Integrationswilligen.



Dr. Necla Kelek, Dr. Wolfgang Gerhardt MdB und Ehefrau Marlies (v.r.n.l.)



Ausgebildet in Iran, Pakistan oder Ägypten und finanziert von Saudi-Arabien sind die Verfechter von Gottesstaat und Scharia seit Mitte der 1980er-Jahre auch mitten in Europa aktiv. Doch niemand wollte es wahrhaben. Als EMMA 1995 ihr erstes Dossier über die fatalen Folgen der Agitation der Islamisten innerhalb der deutsch-türkischen Community veröffentlichte, da hagelte es Protest und Beschimpfungen. Wir seien „Rassistinnen“, hieß es nicht nur in islamistischen, sondern auch in linken Kreisen. Dieses Dossier, in dem über Zustände berichtet wurde, die heutzutage niemand mehr leugnet, bescherte uns damals sogar das erste und bisher letzte körperliche Attentat auf EMMA:

Vermummte Frauen, die sich selber als Linke und Feministinnen bezeichneten, zerstörten die Redaktions-Computer und hinterließen Schmäh-Flugblätter. Aber auch wir ließen uns nicht einschüchtern.

EMMA war über Jahrzehnte eine der wenigen, wenn nicht die einzige Stimme im deutschsprachigen Raum, die über die weltweite islamistische Gefahr informierten. Denn ich hatte die Chance, früh zu erkennen, was da auf uns zukam. 1979 fuhr ich zusammen mit einer kleinen Gruppe französischer Intellektueller wenige Wochen nach der Machtergreifung Khomeinis in den Iran, dem Hilferuf entrechteter Frauen folgend. Dort haben wir mit zahlreichen Verantwortlichen des neuen Regimes sprechen können: mit Ministerpräsident Bazargan (der wenig später ins Exil floh), mit Ober-Ayatollah Taleghani (auch er später ein Opfer der eigenen Revolution) und mit den neuen Führerinnen der Iranischen Frauenunion (von denen bald viele spurlos verschwanden).

Diese in Granit gemeißelten „Heldinnen der Revolution“ hatten den Schah mit der Kalaschnikow unter dem Tschador verjagt oder waren aus dem Exil zurückgekehrt. Sie alle waren aufgeklärte und hochgebildete Menschen. Und sie alle antworteten auf unsere Fragen: Ja, wir wollen den Gottesstaat! Ja, wir werden die Scharia einführen! Das ist schließlich Allahs Wille. Ja, selbstverständlich steht dann Tod durch Steinigung auf Homosexualität oder Ehebruch der Frau. Und dabei lächelten sie liebenswürdig.

Nein, die Islamisten haben nie einen Hehl aus ihren Absichten gemacht. So wenig wie einst die Nationalsozialisten. Auch in „Mein Kampf“ stand ja schon alles drin. Auch wir Deutschen hätten es schon früh wissen können, ja müssen. Und die Frauen sind bei beiden nicht zufällig die ersten im Visier.

Schließlich geht es bei Islamisten wie Nationalsozialisten auch – wenn nicht gar vor allem – um die Rekonstruktion von Männlichkeit. In Zeiten der ins Wanken geratenen Geschlechter-Hierarchie soll so die „natürliche“ oder „gottgegebene Verschiedenheit“ – sprich Ungleichheit – von Männern und Frauen wieder hergestellt werden. Gleichzeitig nehmen beide, Islamisten wie Faschisten, die „Juden“ aufs Korn, diese ewig „Anderen“. Sodann folgen alle, die es noch immer wagen, frei zu denken und zu leben.

Nach der iranischen Revolution folgte in den 1980er-Jahren der weltweite Siegeszug der Gotteskrieger. Schon 1996 führten die dort herrschenden Islamisten in Tschetschenien die Scharia ein. Und bereits 1992 verjagten die Taliban in Afghanistan mit Unterstützung Amerikas – und Deutschlands! – die sowjetischen Besatzer und übernahmen erstmals die Macht. Die aus Afghanistan zurückkehrenden Söldner zettelten in den 1990er-Jahren in Algerien einen „heiligen“ Bürgerkrieg an, der über 100.000 Menschen das Leben kostete. Und in Schwarzafrika greift der von den Gotteskriegern gezündelte Flächenbrand immer mehr um sich.

Und Europa? Da haben wir es zugelassen, dass Musliminnen als Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt werden.

Und Europa? Da haben wir es zugelassen, dass Musliminnen als Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt werden. Denn das ist eben ein „andere Kultur“ und „steht schließlich im Koran“.

So argumentieren nicht nur schlechtgewissige Deutsche, deren suspekte „Fremdenliebe“ ein halbes Jahrhundert nach der Nazizeit nur die andere Seite der Medaille Fremdenhass ist. So argumentieren auch weite Teile der intellektuellen Elite, für die die kulturelle Differenz über universellen Menschenrechten steht. Und Teile der Linken, die nach dem Verlust



Jörg-Uwe Hahn MdL, Dr. h.c. Petra Roth, Prof. Dr. Jürgen Morlok, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, und Ehefrau Lucia (v.r.n.l.)

ihrer alten Götter auf der Suche nach Ersatz sind: statt Mao und Che Guevara jetzt Mohammed.

Der konvertierte deutsche Ex-Botschafter Murad Hofmann, schon zu Amtszeiten ein bekennender Islamist und Gründer des „Zentralrats der Muslime“, erklärte in den 1980er Jahren, die meisten Neu-Muslime seien Grüne und Linke. Seither haben diese Konvertiten und Konvertitinnen sich auf den Marsch durch die Institutionen gemacht. Und das mit Erfolg. Vor allem im Bildungswesen, aber auch im Justizwesen. Und das alles im Namen der Differenz.

„Die Kulturfalle“ nennen das aufgeklärte Musliminnen, die gleiche Rechte und Chancen für alle fordern.

Denn nicht „der Islam“ ist das Problem, sondern der Islamismus, der politisierte Islam.

In diese Kulturfalle tappt auch Thilo Sarrazin. Auf seine Weise. Der Ökonom, dessen provokantes Buch den letzten Funken in das Pulverfass Integration geworfen hat, benennt zwar trefflich die Folgen einer verfehlten Integrationspolitik, verkennt jedoch deren Ursachen. Denn nicht „der Islam“ ist das Problem, sondern der Islamismus, der politisierte Islam. Nicht „die Muslime“ sind Anhänger eines Gottesstaates, sondern die Islamisten. Und die

Ursache von Rückständigkeit ist auch nicht in den Genen zu suchen, sondern in den Verhältnissen.

Für die Verbesserung dieser Verhältnisse und für eine Reform des Islam kämpfen aufgeklärte Muslime und Musliminnen wie Necla Kelek oder der Deutsch-Ägypter Hamed Abdel Samat mit heißem Herzen. Thilo Sarrazin aber plädiert mit kaltem Herzen für die Sicherung der Privilegien seiner Kaste. Dass er dabei selbst vor biologistischen Argumenten nicht zurückschreckt, ist bezeichnend.

Der deutsche Ex-Banker beruft sich unter anderem auf den amerikanischen Soziobiologen Edward Wilson. Feministinnen ist dieser Prophet der Neuen Rechten seit Mitte der 1970er Jahre ein Ärgernis. Denn schon damals wurden liebgeordnete Privilegien erschüttert, wollten Frauen die gleichen Rechte wie Männer und die Dritte Welt so viel zu essen wie die Erste. Die ideologische Reaktion darauf war eine pseudo-wissenschaftliche Untermauerung des angeblich naturgegebenen Unterschiedes: zwischen Rassen und zwischen Geschlechtern.

Laut Wilson, einem studierten Insektenforscher, sind Schwarze „weniger intelligent“ als Weiße; Frauen „von Natur aus mütterlicher“ und „sexuell weniger erregbar“ als Männer und Homosexuelle schlicht das Produkt eines „Hirnschadens“.

Dreißig Jahre später nun beruft sich Sarrazin auf diese obskuren Thesen vom angeborenen Unterschied. Er hätte es besser gelassen. Denn längst wissen wir, dass der Mensch eine Mischung aus Natur und Kultur ist und auch genetische Dispositionen keineswegs determinierend sind.

Nicht minder fragwürdig ist Sarrazins statistikgläubiger Positivismus. Ginge es nach ihm, bräuchten wir nur eine spendierfreudige Familienpolitik – und schon wäre die deutsche Frau wieder gebärfreudig; und bräuchten wir nur eine restriktive Einwanderungspolitik – und schon würden nicht mehr die Falschen so viele Kinder kriegen. Doch das Horrorszenario eines Türkensturms qua Demografie ist nichts als ein Sandkastenspiel. Denn Geburtenraten pfeifen auf nationale, ethnische oder religiöse Begründungen.

Sie richten sich nach dem Grad der Emanzipation von Frauen und Gesellschaft. Und wenn beides stimmt, werden deutsche Frauen eines Tages auch wieder mehr Kinder kriegen – und Einwanderinnen weniger.

Wer Islam und Islamismus gleichsetzt, spielt das Spiel der Schriftgläubigen.



Alice Schwarzer bei der Laudatio

die Eltern vor den rückständigen islamischen Verhältnissen in Anatolien in die Metropole Istanbul. Dort wuchs die 1957 geborene Necla relativ frei und fröhlich auf. Der Umzug 1967 in eine deutsche Kleinstadt war für das Mädchen ein Schock. Denn hier gaben die Rückständigen aus Anatolien den Ton an. Dieser Bruch ermöglichte der jüngsten Tochter den Ausbruch.

Zunächst machte Necla brav eine Lehre als technische Zeichnerin. Sodann erkämpfte sie sich den Weg zur Universität. Eine Gewerkschafterin unterstützte das Mädchen dabei, auch gegen die zögernde Mutter und den ablehnenden Vater. Die Tochter studierte Soziologie und Volks-

Die Realität aber sieht anders aus. In Deutschland zum Beispiel geht überhaupt nur jeder zweite Muslim und nur jede vierte Muslimin manchmal oder häufig in die Moschee. Auch wenn die Zahl der „streng Gläubigen“ steigt, weil Muslime Jahrzehnte lang vernachlässigt und der Agitation der Islamisten überlassen wurden. Hier muss angesetzt werden. Was wir brauchen, ist eine Offensive für Chancengleichheit und Rechtsstaatlichkeit statt Ausgrenzung!

Necla Kelek gehört zu der Generation, die sich diese Chancen noch hart erkämpfen musste. Dass das trotz aller Widernisse möglich war, zeigt ihr so beeindruckender Weg.

Neclas Vater hatte ihre Mutter noch für zwei Ochsen gekauft. Dennoch flohen

Was wir brauchen, ist eine Offensive für Chancengleichheit und Rechtsstaatlichkeit statt Ausgrenzung!

wirtschaft und promovierte über die „Rolle des Islam im Alltag von Schülerinnen und Schülern“. Die so überfällige Reform des Islam ist seither eines ihrer zentralen Themen. Und die muss in der Tat ein Anliegen der Muslime sein.

So, wie die Reform des Christentum Angelegenheit der Christen war und ist.

Deutschland ist Neclas Vaterland geworden – doch die Türkei ist ihr Mutterland geblieben. Eindringlich klar wird das auch in Keleks Beitrag in dem jüngst von mir herausgegebenen Buch mit dem Titel „Die große Verschleierung – für Integration, gegen Islamismus“. Darin erzählt sie mit ihrer bewährten Methode der Verknüpfung subjektiver Erfahrung und objektiver Erforschung eine Reise in die Türkei. Und da wird schmerzlich klar, dass das eine Reise in die Vergangenheit, in den Rückschritt ist. Darum kam bei Necla Kelek auch keine rechte Freude auf apropos der Türkeireise des deutschen Bundespräsidenten.

Dabei hatte alles so gut angefangen. Meine türkischen Taxifahrer jedenfalls haben sich ausnahmslos und von Herzen gefreut über den klaren Satz des Bundespräsidenten: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Was bei rund vier Millionen in Deutschland lebenden Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis ja auch ein sehr realistischer Satz ist.

Für die vier Millionen Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis hierzulande geht es ja weniger um Religionsfreiheit, sondern um Bürgerrechte.

Auf seiner Reise in die Türkei fügte der Bundespräsident sodann den spiegelbildlichen Satz hinzu: „Und das Christentum gehört zweifelsfrei zur Türkei.“ Das hörte sich erstmal gut an, scheint es doch ein und denselben Maßstab an beide Länder zu legen. Dennoch ist es schief.

Denn die etwa 100.000 Menschen christlichen Hintergrundes – von denen vielleicht zehn bis 20 Prozent gläubig sind – haben keine Integrationsprobleme in der Türkei, sondern lediglich Probleme mit der dort nicht existierenden Religionsfreiheit. Die wiederum ist in Deutschland kein Problem, sondern selbstverständlich. Für die vier Millionen Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis hierzulande geht es ja weniger um Religionsfreiheit, sondern um Bürgerrechte.

Darum stellte Necla Kelek in der FAZ zu Recht die Frage, ob der deutsche Bundespräsident etwa „der Rückkehr der Religion als Kategorie der Politik das Wort“ rede. Und sie fügte hinzu: „Sind wir keine Deutschen oder Türken, sondern zuerst Christen oder Muslime – keine Bürger, sondern Gläubige oder Ungläubige?“

Das sollte dem deutschen Bundespräsidenten zu denken geben. Denn es gibt für ihn zwar viele gute Gründe, ein freundlicher Besucher zu sein in der Türkei – nicht zuletzt der, dass Deutschland der Handelspartner Nr.1 der Türkei ist – aber weiterhin die bestehenden Probleme leugnen, das nutzt niemandem.

Wulff scheint die religiös verbrämten, politischen Provokationen seiner Gastgeber nicht erkannt zu haben. Thema Nr. 1 in den türkischen Medien war in den Tagen des Besuchs nämlich weniger das deutsche Präsidentenpaar, sondern war vor allem die Frau des türkischen Präsidenten. Denn Hayrünnisa Gül trat erstmals öffentlich neben ihrem Mann auf und schritt an der Seite von Frau Wulff sogar die Militärparade ab.

Wogegen an sich nichts zu sagen wäre. Der Skandal für viele Türken jedoch ist, dass die Präsidentengattin das mit Kopftuch tat, mit dem islamischen Kopftuch, das die Haare einer Frau als „sündig“ verdeckt.



Dr. Wolfgang Gerhardt MdB mit Ehefrau Marlies, Dr. Necla Kelek in Begleitung von Peter Mathews

Das Kopftuch von Frau Gül wurde in den demokratischen türkischen Medien als ungeheure Provokation der Erdogan-Partei gewertet. Denn das islamische Kopftuch ist für die Türken keineswegs ein „Stückchen Stoff“, wie es bei deutschen Naivlingen so gerne heißt, und schon gar nicht Ausdruck von Glauben. Das islamische Kopftuch gilt in der Türkei – wie in allen vom Islamismus beherrschten oder bedrohten Ländern – als politisches Signal, als Flagge der Islamisten.

Necla Kelek war es, die im Jahr 2007 über den Weg des heutigen Präsidentenpaares Gül in EMMA berichtete. Als Gül damals als Ministerpräsident kandidierte, löste das eine regelrechte Staatskrise und Neuwahlen aus. Grund: das Kopftuch seiner Frau. Gül kandidierte dann im Sommer 2007 zum zweiten Mal. Die Truppen hatten sich gesammelt, er erhielt nun 53 Prozent aller Stimmen.

Erdogans „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, die AKP, ist seither auf dem Vormarsch. Jüngst setzte Erdogan eine im Westen befremdlicherweise bejubelte Verfassungsänderung durch, die das laizistische Militär entmachtet und den Islamisten mehr Spielraum gibt. Türkische Demokraten rechnen jetzt mit einem Durchmarsch der Islamisten und der systematischen Unterwanderung des laizistischen Staates durch die Scharia.

Da ist es keine Überraschung, dass der iranische Präsident Ahmadinedschad bei seinem Staatsbesuch im September dieses Jahres seinem Nachbarn Erdogan zwölf Millionen Dollar für den im nächsten Jahr bevorstehenden Wahlkampf spendierte. Weitere 25 Millionen Dollar sollen folgen, versprach Ahmadinedschad. Der Iran kann sich das erlauben, denn nach der Quasi-Niederlage Amerikas im Irak und der Herrschaft der Schiiten nun auch in dieser einst weltlichen Diktatur ist der benachbarte Gottesstaat stärker denn je zuvor.

Doch kommen wir noch mal auf das türkische Präsidentenpaar. Hayrünnisa war im Alter von 15 Jahren mit dem 14 Jahre älteren Mann verheiratet worden. Schon als junges Mädchen, so sagt sie selbst, wurde sie zwangsverschleiert. Im Jahr 2002 ging sie für das „Recht auf das Kopftuch“ bis zum Straßburger Gerichtshof, zog die Klage aber zurück, um „die politische Laufbahn ihres Mannes nicht zu gefährden“. Zu der Zeit lebten die Güls noch in Saudi-Arabien, wo er nach einem Studium in London für eine islamische Bank arbeitete.

Seine politische Karriere hatte Gül, ganz wie Erdogan, als Zögling des militanten Islamisten Necmettin Erbakan begonnen. Seither soll es bei beiden einen Gesinnungswechsel gegeben haben. Die demonstrativ islamisch gebundenen Kopf-

tücher und Mäntel der Ehefrauen und Töchter der beiden türkischen Staatslenker sprechen jedoch eine andere Sprache.

Womit wir, zu guter Letzt, beim Kopftuch angelangt wären. Ein Thema, das auch hierzulande immer wieder erregt. Dabei werden gerne zwei sehr unterschiedliche Ebenen vermischt: Nämlich einerseits die subjektiven Gründe, aus denen Mädchen und Frauen das Kopftuch tragen. Übrigens: Diskutiert werden kann darüber ja nur in Ländern, in denen Frauen das Kopftuch überhaupt „freiwillig“ tragen können – und ihnen ein verrutschtes Kopftuch nicht mit Nägeln in den Kopf getrieben wird wie im Iran. Doch können diese subjektiven Gründe in der Tat vielfältig sein, sie reichen von einer Identitätssuche über die Abgrenzung bis hin zur Ich-bin-eine-anständige-Frau-Demonstration.

Etwas ganz anderes jedoch sind die objektiven Gründe für das islamische Kopftuch. Und die sind eindeutig. So gab es in den 1960er und 1970er Jahren zwar bereits Millionen Muslime in Deutschland, aber kaum Kopftücher, sehen wir einmal ab von dem Kopftuch einer alten Bäuerin aus Anatolien, das sich in nichts unterschied von dem Kopftuch einer bayerischen Bäuerin. Die islamistischen Kopf-



„Wiesbaden Symphonic Brass“ unter der Leitung von Joachim Tobschall

tücher aber, die das Haar der Frauen als „sündig“ verdecken, und der islamistische Mantel oder Tschador, der den ganzen Körper verhüllt, tauchten verstärkt erst Mitte der 1980er Jahre auf – importiert von den islamistischen Agitatoren. Diese Kopftücher sind der sichtbarste Ausdruck der von den Islamisten proklamierten Geschlechter-Apartheid. Sie stigmatisieren Frauen als die „Anderen“.

Jüngst las ich in einem Interview mit dem Deutschtürken Feridun Zaimoglu – der selber selbstverständlich mit einer unverschleierten Mutter und auf Anordnung der Eltern zwecks rascherer Integration mit deutschen Freunden aufgewachsen ist –, dass er das islamische Kopftuch „Schamtuch“ nennt und für ein Zeichen besonderer Gläubigkeit hält. Schamtuch. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. „Die Scham“ – so wurde vor der Frauenbewegung das weibliche Sexualorgan genannt. Die Scham soll also nun bei Musliminnen der Kopf sein, von echt Gläubigen bedeckt mit einem „Schamtuch“?

Hält dieser säkulare Deutschtürke allen Ernstes das Kopftuch für ein Zeichen von Gläubigkeit? Weiß denn so ein Mann noch nicht einmal, dass jede zweite sich selbst als „streng gläubig“ bezeichnende Muslimin in Deutschland noch nie ein Kopftuch getragen hat? Ebenso wenig wie die überwältigende Mehrheit der Musliminnen auf der Welt? Sind diese Frauen also alle schamlos?

Wenn nun der auch von ihm vielfach kritisierten Necla Kelek heute der Freiheitspreis der Naumann-Stiftung verliehen wird, so ist das nicht nur eine Wertschätzung und Bestärkung für diese eine Frau ganz persönlich. Es ist auch ein Akt des Stolzes und der Ermutigung für die überwältigende Mehrheit der unverschleierten und zwangsverschleierten Musliminnen in Deutschland und der Welt. Für alle Frauen, die sich nicht länger dafür schämen wollen, einen Kopf zu haben.



Preisverleihung



Rede der Preisträgerin „Lassen Sie uns über Freiheit sprechen“

Dr. Necla Kelek

Publizistin und Soziologin



Sehr geehrte
Frau Oberbürgermeisterin Roth,
sehr geehrter Herr Gerhardt,
liebe Alice Schwarzer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre freundlichen Worte und den Freiheitspreis, den ich sehr
gern annehme.

„Die Liebe“, sagte ein inzwischen vergessener Dichter des Vormärz¹, „die Liebe
ist das Höchste im Leben, aber höher als das Leben steht die Freiheit.“

Dass sie mir den Freiheitspreis verleihen, bewegt mein romantisches Herz sehr,
denn ohne Freiheit ist alles nichts. Und das in der Paulskirche, dem Ort an dem
1848/49 um ein freiheitliches und sozial gerechtes Gemeinwesen – um Einheit und
Freiheit – in Deutschland gestritten wurde. Vieles, was wir heute als Bürger- und
Grundrechte verstehen, warum ich hier stehen kann, wurde von den streitenden
Männern – Frauen waren damals nicht dabei – der Nationalversammlung beschlos-
sen, und ist das Fundament unserer heutigen Gesellschaftsverfassung.

1 Gemeint ist Harro Harring.

Lassen Sie uns über Freiheit sprechen, denn ich habe den Eindruck, dass wir diesen Begriff von der Beliebigkeit und der populistischen Vereinnahmung befreien müssen. Lassen Sie mich zuerst etwas über die Freiheit der Frauen sagen.

Ich habe vor fünf Jahren einen Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland – „Die fremde Braut“ – veröffentlicht und auf das Schicksal der türkischen „Importbräute“ aufmerksam gemacht und von Frauen und Mädchen berichtet, die aus traditionellen und religiösen Gründen fremdbestimmt verheiratet und ins Land geholt werden und praktisch in Apartheid und Unfreiheit in einer Gegengesellschaft leben müssen.

Dies hat bis heute eine enorme Resonanz gefunden und neben anderen Ereignissen einen grundlegenden Streit über Integration und den Islam ausgelöst. Dass dies möglich war, verdanken wir vor allem den Medien, unter anderem Alice Schwarzer und ihrer EMMA, die sich früher und intensiver als alle anderen dieses von Politik und Wissenschaft verdrängten Themas angenommen hat. Ich habe von Alice, der Abla, der großen Schwester der Frauenbewegung gelernt, jenseits der politischen Moden mit heißem Herzen und kühlem Kopf nie den Kern, die Lage der Frauen und die Rechte der Menschen aus den Augen zu verlieren. Ich war persönlich und bei meinen publizistischen und wissenschaftlichen Arbeiten nie Opfer, nie Betroffene, sondern immer ganz bei mir und der Sache. Ich habe kein besonderes Schicksal, sondern mein Leben verlief wie das vieler

Ich war persönlich und bei meinen publizistischen und wissenschaftlichen Arbeiten nie Opfer, nie Betroffene, sondern immer ganz bei mir und der Sache.



anderer. Deshalb taugt es gelegentlich auch als Beispiel. Ganz so, wie der große Soziologe Richard Sennett die Wirkungen der Moderne auf den Einzelnen an sich selbst beschrieb.

Der medialen Aufmerksamkeit ist es zu verdanken, dass jetzt das seit Jahren eingeforderte Gesetz gegen Zwangsheirat Wirklichkeit werden soll. Es ist mehr als ein symbolischer Akt. Es ist die gesellschaftliche Ächtung einer unsäglichen Praxis, von Tausenden von „Einzelfällen“, bei denen junge Menschen gegen ihren Willen verheiratet werden. Wir werden dieses Gesetz mit Leben erfüllen und Notruftelefone und qualifizierte Betreuung bereitstellen müssen, um es tatsächlich zu einem Instrument der Befreiung zu machen.

Die Forderungen nach dem Verbot der Zwangsehe und einem Mindestalter von 18 Jahren und Sprachkenntnissen von 300 Worten Deutsch bei der Familienzusammenführung sowie die Analyse des Zusammenhangs von Patriarchat, Tradition und religiöser Legitimation traf und trifft bei Türken- und Islamverbänden, bei

Migrationsforschern und vielen Politiken auf Widerstand und Ablehnung. Sie nannten mich damals wie heute eine Verleumderin des Islam und der Türken, weil ich sage, was in diesen Communitys als Tabu gilt, weil ich nicht nur verstehen und helfen, sondern aufklären und ändern will.

Denn darum geht es bei der Debatte um Integration und den Islam – um die Freiheit und die Würde des Einzelnen. Und um Grenzen vor Fremdbestimmung durch Familie, Clan und Tradition.

Aber allen Kritikern zum Trotz hat sich die Zahl der Importbräute in den letzten Jahren um zwei Drittel reduziert, schlicht, weil es unbequem geworden ist, eine Braut nach Deutschland zu holen. Und so haben mehrere zehntausend junge Frauen und Männer, dank einer einfachen gesetzlichen Maßnahme, vielleicht eine kleine Chance, über ihr eigenes Leben zu bestimmen.

Denn darum geht es bei der Debatte um Integration und den Islam – um die Freiheit und die Würde des Einzelnen. Und um Grenzen vor Fremdbestimmung durch Familie, Clan und Tradition. Freiheit ist die Möglichkeit, sich selbst zu schützen oder geschützt zu werden, wenn ich dies selbst nicht kann.

Die grüne Parteivorsitzende zum Beispiel hat solche Sorgen nicht und macht sich über die, die „ein paar Unterschiede in den Kulturen nicht aushalten können“, lustig. Als wenn es in der Integrationsdebatte um Sushi oder Shisha und nicht um elementare Menschenrechte geht. Dieser vor allem unter Intellektuellen verbreitete moralische Hochmut, der alles und jedes relativiert, der Probleme kleinredet, wenn sie nicht die eigenen sind, der Sorgen verhöhnt, der Freiheit mit „everything goes“ verwechselt, der vor lauter Beliebigkeit nicht mehr weiß, dass Freiheit ohne

Verantwortung sich selbst abschafft, diese Verantwortlichen sind die wahren Integrationsverhinderer. Sie lehnen Integration ab und wollen Demokratie, d. h. übersetzt, den Staat für alle Folgen der Zuwanderung verantwortlich machen.

Aber die Debatte hat sich aufgrund der drängenden sozialen Probleme und aktuell dank des mit kühlem analytischen Verstand geschriebenen Buches von Thilo Sarrazin ausgeweitet, ist über die Ufer der Diskussion um Frauenunterdrückung im engeren Sinne getreten. Es geht inzwischen auch nicht mehr nur um das symbolische Kopftuch, Moscheebauten, staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften, sondern wir reden über Werte wie Freiheit und Toleranz, Ideologien, Gesellschaftsmodelle und Religion und das Selbstverständnis Europas und wie wir miteinander leben wollen.

Sarrazin Analyse ist eine Abrechnung nicht nur mit einzelnen Fehlern der Sozial- und Bildungs- und Integrationspolitik, sondern er stellt den Politikansatz des „Verstehens und Helfens“, der Sozialpolitik als Sozialarbeit in Frage und fordert stattdessen die Verantwortung des Einzelnen, auch der Migrant. Freiheit heißt auch für Migranten, für sich selbst einzutreten und Verantwortung zu übernehmen.



Man mag das für kalt halten, und ich muss auch nicht mit allen Ansichten und dem Ton einverstanden sein, man kann seine Ursachenbeschreibung bezweifeln – aber das Buch von Sarrazin stellt ohne Zweifel schon jetzt eine Zeitenwende in Sachen Integrationspolitik dar.

Lassen Sie uns über Freiheit sprechen und ein wenig in einen Bereich der jüngeren deutschen Geschichte zurückgehen, der bereits in Vergessenheit zu geraten scheint. Lassen Sie mich den Satz, der wahlweise mit Islam oder Christentum beginnt und mit „... gehört zu Deutschland“ endet, um einen Gedanken erweitern – auch hier geht es um Freiheit. Und den Sozialismus.

Der Sozialismus gehörte noch vor etwas mehr als 20 Jahren zu Deutschland. Die DDR war Realität, und wer das Lebensmodell Sozialismus vor 1989 in Frage zu stellen wagte, wurde im Westen als ein Ewiggestriger, der die Zeichen der Zeit nicht erkannt hatte, belächelt und war im Osten ein Dissident, der abgestraft wurde. Ich lebe jetzt seit über vierzig Jahren in Deutschland und bin 1991 nach meinem Studium und nach dem Fall der Mauer für fast sieben Jahre in die neuen Bundesländer gegangen, um neben meiner Lehrtätigkeit an der Universität in Greifswald, in Neubrandenburg und Wolgast ehemalige Verwaltungskräfte „auf Demokratie“ zu schulen.²

Für die gegenüber „Wessis“ wie mich zuerst sehr distanzierenden ehemaligen Bürger der DDR war „Freiheit“ nicht unbedingt das, was in der bürgerlichen Gesellschaft darunter verstanden wurde. Freiheit war im DDR-Sprech, „die Einsicht in die Notwendigkeit“, also das, was wissenschaftlich notwendig bewiesen war, d. h. die Partei beschlossen hatte. Freiheit war ein kollektives Gut, denn „erst in der Gemeinschaft (mit anderen hat jedes) Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich“, so Marx und Engels³. Mit dieser Freiheit war die politische Freiheit des Kollektivs gemeint, nicht die individuelle Freiheit. Die wurde im Sozialismus auch eher als „Problem“⁴, als bürgerlicher Individualismus definiert. Das Kollektiv bildete eine Ordnung, „in der Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ... verschmolzen waren und Glaube, Wahrheit, Politik und Moral eine Einheit bildeten.“⁵ Mir war dies aus meiner muslimischen Sozialisation vertraut, war es doch so eine

2 Vgl. hierzu auch Necla Kelek, *Die fremde Braut*, Köln 2005, S. 266.

3 Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Band 3, S. 74.

4 Vgl. *Philosophisches Wörterbuch*, herausgegeben von Georg Klaus und Manfred Buhr, Leipzig 1972, S. 376.

5 Ulrike Ackermann, *Eros der Freiheit. Plädoyer für eine radikale Aufklärung*, Stuttgart 2008, S. 122.

Art weltliche Umma, und anstelle der Religion wollte der Kommunismus die Botschaft „Erlöse uns von dem Bösen“ umsetzen. Der Lohn für die Aufgabe des Individualismus war der Staat, der fortan für alle Lebensrisiken haftbar gemacht und den Bürger entmündigt hat. Die Folge war das Schwinden von Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und die Fähigkeit, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen, die individuelle Freiheit zugunsten der eigenen Autonomie auszukosten.

Als ich meinen Schülern die Frage stellte: „Wer ist denn nun das Volk?“ und dabei ein großes Fragezeichen hinter das Wort „Volk“ malte, fühlten sich die ehemaligen Mitglieder des „Kollektivs“ angesprochen. Sie waren das Volk, das jetzt frei war, aber auch lernen musste, sich nach Kant „aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ zu befreien, und dass politische und individuelle Freiheit sich unterschieden, und dass man Freiheit lernen und sich für sie begeistern muss und dies auch bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, für sich und die Gemeinschaft.

Als ich einige Zeit vorher meine in der türkisch-muslimischen Tradition verhaftete Mutter fragte, wann ich denn – ich war 16 oder 17 Jahre alt –, wann ich frei sein würde, in dem Sinne, wann ich denn für mich entscheiden könne,



„Lassen Sie uns über Freiheit sprechen“ – die Preisträgerin Dr. Necla Kelek am Rednerpult

sagte sie mir: „Die Freiheit ist nicht für uns gemacht.“ Sie verstand meine Frage nicht. Für sie war „frei sein“ gleichbedeutend mit „vogelfrei“ sein, das heißt ohne Schutz sein.

Für viele muslimische Frauen ist Freiheit Freiheit „von etwas“. Frei vor Anfeindungen Fremder, aber auch frei von Verantwortung für sich selbst, frei von eigenem Willen.

„Frei sein“ bedeutet im Common Sense der Umma schutzlos, verlassen sein. Verlassen von der Familie, dem Clan, dem Schutz der Gemeinschaft. Der Preis dieses Schutzes ist die Macht der Männer über die Frauen. Die Frau ist im Zweifelsfall der Gewalt der Männer ausgeliefert, denn die Männer der Familie schützen die Frauen vor der Gewalt fremder Männer. Ist der eigene Mann gewalttätig, so ist das Kismet, Schicksal. Männer, das sind in der Lebenswelt immer noch vieler muslimischen Frauen Beschützer und Bewacher. Für viele muslimische Frauen ist Freiheit Freiheit „von etwas“. Frei vor Anfeindungen Fremder, aber auch frei von Verantwortung für sich selbst, frei von eigenem Willen. Aber um uns dem Freiheitsgedanken im Islam zu nähern, sollten wir auch hier etwas tiefer in die Grundlagen dieser Religion einsteigen.

Lassen Sie uns über die Freiheit im Islam sprechen.

Die islamische Überlieferung sagt, dass Allah Mohammed in einem Zeitraum von 13 Jahren „die Schrift, an der nicht zu zweifeln ist“, so der Beginn des Korans, als Rechtleitung offenbart hat. Mohammed begriff sich als Siegel, als letzten der Propheten, der Gottes Botschaft endlich richtig verstanden hatte und damit auch legitimierte, diese Lehre mit dem Schwert zu verbreiten. Der Islam war, wie die anderen monotheistischen Religionen, keine Religion des Friedens, sondern militärisch aktiv und aggressiv, versprach diese neue Religion den Kriegern doch entweder reiche Beute oder den direkten Weg ins Paradies. Im Orient hatten sich im 7. und 8. Jahrhundert die griechischen Philosophen mit der Lehre des Talmud und des Christentums durch Kriege und Streit erschöpft und zerrieben, und griechische Philosophie wurde vor allem noch im dann von den Muslimen eroberten Bagdad gepflegt. Es gab einige Ansätze, die aristotelischen Weisheiten mit den neuen muslimischen Ideen zu versöhnen, aber die Dogmatiker siegten, ächteten diesen rationalen Ansatz und setzten eine eigene Denkschule durch.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Märchen entzaubern, das immer wieder erzählt wird und die Bedeutung des Islam für die europäische Kultur beschreibt. Man sagt, der Islam hätte die Gedanken von Aristoteles für Europa gerettet. Das ist eine stark beschönigende Aussage. Es gab neben anderen den spanisch-arabischen Philosophen und Mystiker Ibn Rushd, genannt Averroes, der

im zwölften Jahrhundert die verloren geglaubten Werke von Aristoteles in Cordoba ins Arabische übersetzt und kommentiert hat. Er setzte sich in einem Kommentar dazu mit dem Verhältnis von Offenbarung und Vernunft auseinander. Das forderte den Widerstand der muslimischen Schriftgläubigen heraus. Denn nur die Nachahmung, *taqlid*, oder Analogieschlüsse, *ighthad*, waren nach deren Auffassung zugelassen, selbstständiges Denken war untersagt.

Der Vertreter der islamischen Orthodoxie, Al-Ghazali, versuchte, über den Zweifel Gewissheit in Gott zu erlangen, verfiel aber zunehmend der Skepsis und verlor sein Vertrauen in die Vernunft und fand eigene Gewissheit im Glauben. Schließlich lehnte er die Philosophie als eigenen Weg zur Wahrheit ab und verteidigte im Koran die Offenbarung und die darin verbürgte Erschaffung der Welt durch Allah. Al-Ghazali war es letztlich, der den Islam mit seiner „Widerlegung der Philosophen“ gegenüber jedwedem Zweifel versiegelte und die Religion damit in jenes Gehäuse verbannte, das ihr bis heute jede Möglichkeit zu Innovation, Weiterentwicklung und Modernisierung raubte.

Der heute von den Muslimen als Beleg angeführte Ibn Rushd wurde von den Vorbetern verbannt, seine Lehren und die von Aristoteles wurden in der islamischen Welt verworfen. Der Beitrag der islamischen Philosophie zur europäischen Kultur ist aus muslimischer Sicht bis heute Häresie. Ibn Rushd war ein islamischer Dissident. Bevor sich die Muslime auf ihn berufen, sollten sie ihn rehabilitieren.

Mit der Leugnung der Philosophie hat sich die islamische Welt letztendlich vor fast eintausend Jahren aus dem kulturellen Diskurs in Europa verabschiedet. Der Islam hat sich in den letzten fast eintausend Jahren letztlich nicht nur der Philosophie, sondern auch den Naturwissenschaften verschlossen. Die Freiheit des Denkens verschwand unter dem Gebetsteppich. Waren in den ersten Jahrhunderten des Islam noch Mathematiker, Mediziner, Astronomen führend, verfielen auch die Naturwissenschaften in den folgenden Jahrhunderten in Agonie. Noch heute hängen die islamischen Länder am technologischen Tropf des Westens. Die verzweifelten Anstrengungen, wenigstens die Technologie für die eigene Ölförderung zu bewältigen, gehört zu den unverarbeiteten Kränkungen der islamischen Welt. Der Computer und das Handy sind eben nicht nur ein Stück Technik, sondern Ergebnis von 500 Jahren Kulturgeschichte des Westens. Und diese Geschichte – es ist auch die der Freiheit – nahm einen eigenen Weg, den ich kurz skizzieren möchte, weil dies deutlich macht, was Europa ausmacht.

Der Islam hat sich in den letzten fast eintausend Jahren letztlich nicht nur der Philosophie, sondern auch den Naturwissenschaften verschlossen. Die Freiheit des Denkens verschwand unter dem Gebetsteppich.



Lassen Sie uns über die Geschichte der Freiheit in Europa sprechen.

Die Polis, die Stadtstaaten der griechischen Antike, waren die ersten staatlichen Organisationen, die die Gleichheit der Bürger, allerdings nur der freien Männer, vor dem Gesetz gewährleisteten. Aristoteles⁶ propagierte die Herrschaft des Gesetzes, also die Rechtsstaatlichkeit vor allen Despoten und Göttern. Ein Regime, in dem das Volk und nicht das Gesetz regiert, ist deshalb keine Herrschaft der Freiheit, schrieb er, und so verdanken wir den Griechen nicht nur die Demokratie, sondern auch das Rechtssystem. Dies wurde von Cicero⁷ in Rom um das Konzept der Humanität sowie das Streben nach Bildung erweitert. Er schuf das Personenstandsrecht und das Recht am Eigentum – eine der Voraussetzungen, dass sich das unabhängige Individuum entwickeln und vom Kollektiv des Stamms lösen konnte. Juden- wie Christentum folgten der Idee der Gleichheit vor Gott, und mit der Figur Jesus Christus wird die individuelle Verantwortung eine Kategorie des Handelns. Werte, die im Weltbild des im siebten und achten Jahrhundert sich herausbildenden Islam keine Rolle spielten. Die „gleiche Freiheit“ der Antike wurde

6 (384–322 v. Chr.)

7 (106–43 v. Chr.)

dort zur „gleichen Hingabe oder Unterwerfung unter den Willen Allahs“. Der von Averroes inspirierte Theologe Thomas von Aquin identifizierte den Menschen als Subjekt, als Handelnden der Geschichte, und attestierte ihm Willensfreiheit auch in den Beziehungen zu Gott. Er öffnete damit gedanklich das Zeitalter der Wissenschaft in Europa.

Mit Reformation und Renaissance erkannte man im Norden die Notwendigkeit der Säkularisierung, die Zwei-Reiche-Theorie Luthers, die Trennung der weltlichen und geistigen Macht und gleichzeitig die Herausbildung des persönlichen Gewissens als Maßstab menschlichen Handelns. Das Reich Gottes ist für die christliche Lehre seitdem „nicht von dieser Welt“ und damit auch nicht mit menschlichen Maßstäben zu richten, während auf der Erde nach einer überprüfbaren Ordnung gesucht wurde. Entscheidungen im „Diesseits“ wurde einerseits in das Innere der Person, das Gewissen, verlegt und andererseits nach außen delegiert, das heißt, weltliche Gesetze übernahmen die Rolle des Schutzes und der Bestrafung. Eine Trennung von Diesseits und Jenseits gibt es im Islam nicht, und nur als Mitglied dieser Ordnung kann der Muslim seine Pflichten erfüllen. Politik ist folglich für Muslime die Erfüllung des von Allah gegebenen Auftrags, Verantwortung gibt es nur gegenüber Allah.

Im Islam gibt es die Kategorie des Gewissens nicht, denn es liegt nicht in der Entscheidung des Menschen zu beurteilen, was gut oder böse ist, sondern Allah gibt vor, was „recht und was verwerflich“ ist. Der Gläubige hat seine Pflichten zu erfüllen, indem er sich an diese Vorgaben hält. Im Zweifelsfall vergibt oder bestraft Allah den Sünder, spätestens beim jüngsten Gericht. Aber Allah allein entscheidet.

Das deutsche Grundgesetz ist die Quintessenz der Lehren aus der Geschichte und der Entwicklung dieser den Kirchen abgetrotzten Kultur der Freiheit. Aber wir würden unsere Gemeinschaft auf den juristischen Kern reduzieren, wenn wir es nicht in den Kontext seiner Werte stellen. Es gibt einen „Geist der Gesetze“, wie Montesquieu es formulierte, der Sozialstaat zum Beispiel ist Ausdruck dieses Geistes der christlichen Nächstenliebe wie der humanistischen Solidarität. Würden wir diesen Kontext leugnen, wäre das so, als würden wir den Wert eines Baumes auf den Holzpreis reduzieren. Aber ein Baum ist nicht nur Holz, sondern Bäume leben, einige tragen Früchte und spenden Schatten. Die „Freiheitsbäume“ der bürgerlichen Revolution von Mainz, Worms, Hambach und der Paulskirche von 1848 sind lebendige Symbole des Geistes dieses Freiheitswillens. Eine demokratische Gesellschaft braucht Demokraten wie der Baum Licht und Wasser zum Leben. Eine Gesellschaft, die sich nicht immer wieder über diesen Common Sense verständigt

und die eigenen Werte immer wieder entwickelt, wie ein Baum, dem im Frühling die Blätter wachsen, der stirbt, wird ausgehöhlt und eine leichte Beute für Käfer oder den Sturm.

Die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Meinungsfreiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Trennung von Staat und Religion waren fortan Prinzipien der europäischen Gesellschaft und Gleichheit und Freiheit schlugen sich mit Verzögerung in den Verfassungen und Gesetzen nieder und prägten die Wertorientierung der bürgerlichen Gesellschaft, machten und machen die Identität Europas bis heute aus. Der politische Islam – und ich meine damit z. B. die Konferenz der 45 Staaten der islamischen Konferenz – stellt die Menschenrechte unter den Vorbehalt der Scharia, ihres göttlichen Rechts. Auch die Islamverbände in Deutschland betonen den Scharia-Vorbehalt. Es ist deshalb schwer, Islam und Islamismus voneinander zu trennen, denn die Ablehnung von Säkularität und der Kultur des Westens hat nicht nur eine militante Variante, sondern ist Kern der Politik fast aller islamischen Institutionen.

Die Religionen sind Teil unserer Freiheit, aber sie stehen nicht über der Verfassung. Das gilt auch für den Islam.

Europa steht also nicht nur in der Tradition der monotheistischen Religionen, es ist auch nur bedingt ein christlich-jüdisches Erbe, das die Identität Europas ausmacht, es ist letztlich der Kampf um die Freiheit des Individuums, es ist die Aufklärung, der Humanismus, der unsere liberale aufgeklärte Zivilgesellschaft begründet hat. Die Religionen gehören zweifellos dazu, aber sie sind nur ein Teil dieser Freiheit, nicht die Freiheit selbst. Die Religionen sind Teil unserer Freiheit, aber sie stehen nicht über der Verfassung. Das gilt auch für den Islam.

Lassen Sie uns über die Freiheit des Islam in Europa reden.

Tatsächlich frei sind die Muslime nur im Westen, denn sie können ein Recht nutzen, das es in keinem muslimischen Land gibt: die Religionsfreiheit. In der Türkei zum Beispiel ist jeder Bürger automatisch Muslim – und zwar der staatlich verwalteten sunnitischen Richtung. Die wenigen Christen leben dort im Verborgenen, gehören nicht dazu, und die Aleviten, eine eigenständige vom Sufismus beeinflusste schiitische Glaubensgemeinschaft, die in einigen Gegenden Zentralanatoliens die Mehrheit der Bevölkerung stellt, werden staatlich bevormundet und können sich nicht frei entwickeln. Der Islam kennt keine Religionsfreiheit, sondern nur die Glaubensfreiheit. Der Satz: „Es gibt keinen Zwang im Glauben“, ist kein Recht, frei von Religion zu sein, sondern nur die Möglichkeit des Gläubigen, zu entscheiden, wie man den Glauben ausübt.

„Den Islam“ als Institution gibt es nicht, er hat keine Organisation, keine gemeinsame Theologie. Er ist keine Kirche. Der Islam ist Weltreligion und hat keine Adresse. Mit ihm kann man keine Verträge machen, keine Vereinbarungen treffen, er kennt keine Verbindlichkeit. Keiner der Moscheevereine oder Islamverbände kann – auch wenn sie es für sich in Anspruch nehmen – für „den Islam“ oder die Mehrheit der Muslime sprechen. Die demokratischen Gesellschaften sollten deshalb nicht den Fehler machen, sich auf „den“ Islam als Institut einzulassen. Aber was sollen wir stattdessen tun?

Besinnen wir uns auf demokratische Prinzipien, gehen wir zurück auf unser Erbe, besinnen wir uns auf die Freiheit des Einzelnen.

Denn genauso wenig wie es „den“ Islam gibt, kann es „den“ Muslim geben.

Es gibt den anatolischen Landarbeiter, der hier in der Moschee seine Traditionen lebt, es gibt die gebildete säkulare Ärztin, die nie eine Moschee von innen gesehen hat, den Bäcker, der nicht betet, aber sich selbst als gläubig bezeichnen würde, es gibt die eingesperrte Frau, die abhängig von der Schwiegermutter ist, wie die assimilierte Journalistin, die die Debatte um den Islam für überflüssig hält, und viele mehr. Und es gibt die kulturellen Strukturen und Traditionen, die man in der muslimischen Familie und Gesellschaft lebt, es gibt dieses „ungefragt Gegebene“ des „Muslim-Seins“, die Sozialisation, die selbst von Wissenschaftlern, die es besser wissen sollten, allzu schnell als Klischee diffamiert wird. Als Sozialwissenschaftlerin sehe ich es als meine Aufgabe, diese Bedingungen und Beschränkungen durch Religion aufzuzeigen, um Wege aus der Angst zu beschreiben. Angst begegnet man unter anderem mit Wissen.

Die Freiheit der Wissenschaft, die rationale Beschäftigung mit dem Islam täte den Muslimen gut, um die Denkverbote aufzuheben und zu überprüfen, was von diesem Glauben heute dem Menschen helfen kann.

Die Muslime haben ein Defizit, unter anderem in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Religion. Es gibt nur in Ansätzen eine kritische Beschäftigung mit dem Koran. Spiritueller Glaube, Tradition und Politik gehen fröhlich durcheinander. Die Freiheit der Wissenschaft, die rationale Beschäftigung mit dem Islam täte den Muslimen gut, um die Denkverbote aufzuheben und zu überprüfen, was von diesem Glauben heute dem Menschen helfen kann.

Wir sind in Frankfurt, und Frankfurt ist auch die Stadt Goethes. Und da möchte ich – einer muslimische Migrantin werden Sie es verzeihen – den Muslimen Goethe empfehlen. Ja, den „West-östlichen Diwan“, und da vor allem die kritischen Anmerkungen zum Koran, aber noch lieber den „Faust“. Dann das, was Goethe Faust

über den Umgang mit der Bibel sagen lässt, ist ein guter Rat an die Muslime, sich frei dem Koran zu nähern. Goethe lässt Faust beim Übersetzen des Johannes-Evangeliums im Studierzimmer sagen:

„Geschrieben steht: »Im Anfang war das Wort!«
Hier stock ich schon! Wer hilft mir weiter fort?
Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen,
Ich muss es anders übersetzen,
Wenn ich vom Geiste recht erleuchtet bin.
Geschrieben steht: Im Anfang war der *Sinn*.
Bedenke wohl die erste Zeile,
Dass deine Feder sich nicht übereile!
Ist es der *Sinn*, der alles wirkt und schafft?
Es sollte stehn: Im Anfang war die *Kraft*!
Doch, auch indem ich dieses niederschreibe,
Schon warnt mich was, dass ich dabei nicht bleibe.
Mir hilft der Geist! Auf einmal seh ich Rat
Und schreibe getrost: Im Anfang war die *Tat*!“



Dr. h.c. Petra Roth, Jörg-Uwe Hahn MdL, Alice Schwarzer und Marlies Gerhardt (v.l.n.r.)

Die Bürger muslimischen Glaubens in Europa haben die Chance, in Freiheit zu leben. Sie stehen vor der historischen Aufgabe, den Koran mit historisch kritischem Blick zu lesen, sich zu ändern, damit sie in der säkularen Gesellschaft des Westens ihren Platz finden. Und ich bin der Überzeugung, dass die Mehrheit der Muslime dies auch will. Sie wollen sich aus der Bevormundung befreien, aber sie brauchen dafür die Unterstützung einer Gesellschaft, die die eigene Freiheit und die jedes Einzelnen lebt und verteidigt.

Unsere Gesellschaft macht das Angebot der Freiheit. Es ist an den Muslimen, dies als Chance zu begreifen.

Aber erst wenn es eine loyale Haltung der Muslime zur Gesellschaft und die Anerkennung des Prinzips der Freiheit des Einzelnen gibt, wenn sie bereit sind, die eigenen Probleme nicht zu verleugnen, sondern anzupacken, werden sie ihrer Verantwortung als Bürger gerecht werden können. Und gerade die Assimilierten und Integrierten, diejenigen, die in der deutschen Gesellschaft angekommen und gehört werden, die erfolgreich sind, gerade auf die kommt eine große Verantwortung zu. Sie müssen sich zu den Problemen ihrer Herkunftskultur bekennen, um sie zu lösen.

Ja, die islamische Lebenswirklichkeit ist Teil Deutschlands, ja, die Bürger muslimischen Glaubens sind Teil Deutschlands. Aber sie sind auch mehr. Sie sind Citizens und keine Opfer. Sie sind auch das Volk. Das heißt, ihre Freiheit zu schützen und gleichzeitig Verantwortung abfordern, kann verlangt werden. Unsere Gesellschaft macht das Angebot der Freiheit. Es ist an den Muslimen, dies als Chance zu begreifen.

Lasst uns die Freiheit erobern, denn nicht die Scharia, nicht die Einheit von Staat und Religion, nicht der Anspruch der Umma auf Unfehlbarkeit, nicht die Apartheid von Mann und Frau darf Teil Deutschlands werden. Das wäre Verrat an der Freiheit, unserer Verfassung und den Muslimen, die erstmals in der Geschichte individuelle Freiheit erleben.

Ich danke für den Preis und Ihre Aufmerksamkeit.

Bitte ausfüllen und faxen an 03 31.70 19-1 03

Zusendung von Informationen

Vorname

Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Um Sie noch besser und schneller informieren zu können (auch per Telefon), bitten wir Sie auch um folgende Angaben (freiwillig):

Telefon

Telefax

E-Mail

Beruf

Geburtsjahr

Meine Daten werden zum Zweck der Veranstaltungseinladung und -organisation sowie Versendung von Informationen elektronisch gespeichert. Wenn ich keine Informationen mehr von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wünsche, wird sie dieses nach entsprechender Mitteilung durch mich beachten (§28 Abs. 4 BDSG).

Datum, Unterschrift

Ich interessiere mich für (bitte ankreuzen):

Themen

- | | | |
|--|---|---|
| <input type="checkbox"/> Werte und Prinzipien des Liberalismus | <input type="checkbox"/> Bildungspolitik | <input type="checkbox"/> Europapolitik |
| <input type="checkbox"/> Kommunalpolitik, Bürgergesellschaft, Föderalismus | <input type="checkbox"/> Rechtsstaat und Bürgerrechte | <input type="checkbox"/> Berlin – Hauptstadt und Regierungssitz |
| <input type="checkbox"/> Wissenschaft und Forschung | <input type="checkbox"/> Menschenrechte und Minderheiten | <input type="checkbox"/> Länderkundliche Veranstaltungen |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeit | <input type="checkbox"/> Internationale Politik | <input type="checkbox"/> Medienpolitik |
| <input type="checkbox"/> Finanz- und Steuerpolitik | <input type="checkbox"/> Globalisierung und Entwicklung | <input type="checkbox"/> Kunst und Kultur |
| <input type="checkbox"/> Umweltpolitik | <input type="checkbox"/> Friedens- und Sicherheitspolitik | <input type="checkbox"/> Seniorenpolitik |
| <input type="checkbox"/> Verkehrspolitik | | <input type="checkbox"/> Gesundheit und Soziales |

Politische Fertigkeiten und methodisches Know-how

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Strategisches Planen | <input type="checkbox"/> Presse- und Kommunikation |
| <input type="checkbox"/> Rhetorik Grundlagen | <input type="checkbox"/> Internet und Multimedia |
| <input type="checkbox"/> Rhetorik Aufbau | <input type="checkbox"/> Politisches Management |
| <input type="checkbox"/> Diskussionstraining | |
| <input type="checkbox"/> Moderation und Präsentation | |

Virtuelle Akademie

- | |
|--|
| <input type="checkbox"/> Online-Seminare |
| <input type="checkbox"/> Newsletter |

Publikationen

- | |
|---|
| <input type="checkbox"/> Jahresbericht |
| <input type="checkbox"/> Programm-Magazin |



Für Ihre Notizen

Wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende oder Zustiftung unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ: 100 400 00
Konto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.
www.spenden.freiheit.org

